

Greenpeace fordert Umdenken in der Klimapolitik

# GFL-Anregung für den Rat: Anteile an Trianel verkaufen

WAZ 31.01.09.

Lünen. Die Stadt soll die Anteile, die sie über die Stadtwerke an der Trianel Power Kohlekraftwerk Lünen GmbH hat, verkaufen und vom Stromlieferungsvertrag zurücktreten. Das fordert die Wählergemeinschaft Gemeinsam für Lünen (GFL). Die Greenpeace-Gruppe Dortmund richtet sich mit einem offenen Brief zum Thema Trianel an den Bürgermeister.

Die GFL schickte ihr Schreiben als Anregung an den Rat der Stadt Lünen. „Es geht uns um die langfristige Sicherung der Ertragskraft der Stadt Lünen und ihrer hundertprozentigen Tochtergesellschaft Stadtwerke Lünen GmbH“, so die Begründung. Über ihre jährlichen Ergebnisabführungen und die Konzessionsabgaben sicherten die Stadt-

werke eine Einnahmequelle für den städtischen Haushalt. Die Errichtung des Lüner Trianel-Kohlekraftwerks könne für die Stadt nicht wirtschaftlich sein, so die GFL. „Lünen verliert mit dem Projekt aus unserer Sicht viel Geld.“

Bürgermeister Hans Wilhelm Stodollick wollte sich gestern inhaltlich nicht zu dem GFL-Vorstoß äußern: „Wir werden die formellen Voraussetzungen prüfen und entscheiden, ob das in der Ratssitzung im Februar behandelt wird.“

In dem Greenpeace-Schreiben an Hans Wilhelm Stodollick geht es um die Trianel-Beteiligung der Stadtwerke Lünen und das geplante Kohlekraftwerk in Krefeld. „Das Bundesumweltministerium (BMU) hat am 17.10.2008 die ‚Leitstudie 2008‘ zur Energieversorgung veröffentlicht.

Das Gutachten bestätigt Untersuchungen von Greenpeace, nach denen die Klimaschutzziele der Bundesregierung (Senkung des CO<sub>2</sub> Ausstoßes bis 2020 um 40 % und bis 2050 um 80 %) nur noch dann erreicht werden können, wenn keine weiteren Kohlekraftwerke mehr gebaut werden.“ Als Alternative zu dem in Krefeld geplanten Kohlekraftwerk komme ein Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerk in Frage, wie es erst jüngst in Hamm-Uentrop realisiert wurde, so die Dortmunder Greenpeace-Gruppe. Sie erinnert den Bürgermeister in dem Brief „an seine klimapolitische Verantwortung“ und fordert ihn auf, „bei den Stadtwerken darauf hinzuwirken, sich im Rahmen der Trianel für ein Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerk stark zu machen“.